

**Stadt Bergisch Gladbach**  
**Der Bürgermeister**

Datum  
**22.11.2021**  
Ausschussbetreuender Fachbereich  
**Jugend und Soziales**  
Schriftführung  
Miriam Tomechna  
Telefon-Nr.  
**02202-142865**

## **Niederschrift**

**Jugendhilfeausschuss**  
**3. Sitzung am Donnerstag, 23.09.2021**

Sitzungsort

**Ratssaal des Rathauses Bensberg, Wilhelm-Wagener-Platz 1, 51429 Bergisch Gladbach**

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

**17:00 Uhr - 19:14 Uhr**

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

Keine

### **Sitzungsteilnehmer**

Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

## **Tagesordnung**

### **Ö Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2 Vortrag über die SGB VIII-Reform: Neuerungen des Kinder- und Jugendstärkungsgesetzes**
- 3 Genehmigung der Niederschrift der Sitzungen am 25.02.2021 und 17.06.2021 - öffentlicher Teil**
- 4 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil**  
*0460/2021*
- 5 Mitteilungen der Ausschussvorsitzenden**

- 6**      **Mitteilungen des Bürgermeisters**  
*0461/2021*
- 7**      **Förderung der Mehrkosten für den Neubau der Kindertagesstätte Reiser / Im  
Mondsröttchen**  
*0456/2021*
- 8**      **Trägerwechsel der Evangelischen Kindertageseinrichtung "Arche Noah" von der  
Evangelischen Kirchengemeinde Bensberg zum Evangelischen Kitaverband Köln-  
Rechtsrheinisch**  
*0466/2021*
- 9**      **Einführung einer neuen Jugendamtssoftware**  
*0533/2021*
- 10**     **Beratung bei sexualisierter Gewalt gegen junge Menschen**  
*0532/2021*
- 11**     **Genehmigung der Dringlichkeitsentscheidung zu §48 KiBiz für das  
Kindergartenjahr 2020/21**  
*0441/2021*
- 12**     **Informationen über das Aktionsprogramm „Aufholen nach Corona für Kinder und  
Jugendliche“ in den Förderjahren 2021 und 2022**  
*0534/2021*
- 13**     **"Die Situation von Kindern und Jugendlichen in der Pandemie – in Bergisch  
Gladbach“ - aktueller Stand**
- 14**     **Anträge der Fraktionen**
- 14.1**   **Antrag auf Eignungsprüfung zur Errichtung von Natur- und Waldkindergärten**  
*0527/2021*
- 15**     **Anfragen der Ausschussmitglieder**  
*0437/2021*

## Protokollierung

### Ö Öffentlicher Teil

#### 1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Die Ausschussvorsitzende, Frau Holz-Schöttler, eröffnet die 3. Sitzung des Jugendhilfeausschusses in der laufenden Wahlperiode und gibt die nicht anwesenden Ausschussmitglieder bekannt.

Entschuldigt fehlen Herr Dr. Symanzik (Bündnis 90/DIE GRÜNEN), vertreten durch Frau Wasmuth (FDP); Herr Uthmann (AfD), vertreten durch Herrn Schöpf (AfD); Frau Gresser-Ritter (ev. Jugend) und ihre Stellvertretung Herr Köchling (Kath. Erziehungsberatung); Herr Bierei (ev. Kirche); Herr Köchling (AG Jugendhilfe), vertreten durch Frau Goebel (AG Jugendhilfe); Frau Bräuer (Agentur für Arbeit) vertreten durch Herrn Kieper (Agentur für Arbeit).

Sodann werden Frau Goebel (AG Jugendhilfe), Frau Brala (AWO) und Herr Kieper (Agentur für Arbeit) unter Verlesung des Verpflichtungstextes in feierlicher Form als Mitglied im Jugendhilfeausschuss eingeführt und zu einer ordnungsgemäßen und gewissenhaften Wahrnehmung ihrer Aufgaben verpflichtet.

Anschließend stellt Frau Holz-Schöttler die ordnungsgemäße und rechtzeitige Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

#### 2. Vortrag über die SGB VIII-Reform: Neuerungen des Kinder- und Jugendstärkungsgesetzes

Die Präsentation zum Vortrag ist als Anlage 2 der Niederschrift beigelegt.

#### 3. Genehmigung der Niederschrift der Sitzungen am 25.02.2021 und 17.06.2021 - öffentlicher Teil

Die Niederschriften werden genehmigt.

#### 4. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil 0460/2021

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

#### 5. Mitteilungen der Ausschussvorsitzenden

Die Vorsitzende Frau Holz-Schöttler macht auf die Tischvorlagen aufmerksam: der Vortrag zu TOP Ö2 (Anlage 2 der Niederschrift), die Tischvorlage zu TOP Ö7 (Anlage 3 der Niederschrift), die Tischvorlage zu TOP Ö8 (Anlage 4 der Niederschrift), sowie der Sitzungskalender für nächstes Jahr *[wird den Mitgliedern, die nicht an der Sitzung teilgenommen haben, postalisch bzw. digital zugesandt]*.

Des Weiteren hat Frau Holz-Schöttler eine Tischvorlage über den § 47 SGB VIII Anlage 5 der Niederschrift) verteilt, die sie unter TOP N5 besprechen möchte.

## **6. Mitteilungen des Bürgermeisters** *0461/2021*

Frau Hellwig (Verwaltung) teilt mit, dass die Stadtverwaltung zum diesjährigen Weltkindertag nicht wie sonst üblich ein großes Fest veranstaltet hatte, da die Umsetzung aufgrund der Pandemie zu aufwändig geworden wäre. Stattdessen wurde eine Kinder- und Jugendwoche mit mehreren kleineren Veranstaltungen durchgeführt, sowie zum Abschluss ein Stand auf dem Samstags-Wochenmarkt organisiert.

Herr Tillmann (Verwaltung) fügt hinzu, dass die Aktionswoche vom 13.-20.09. stattgefunden hat und als grundsätzlicher Schwerpunkt „Kinderrechte“ gewählt wurde. Als Veranstaltungen gab es beispielsweise eine Fotoausstellung, eine Graffiti-Aktion, einen Batik-Workshop und weitere künstlerische Angebote. Bei der Abschlussveranstaltung auf dem Wochenmarkt war das Thema, Kinder zu motivieren, sich einzubringen. So wurde gefragt, was sich Kinder von der Stadt wünschen. Von den Kindern wurde sich beispielsweise gewünscht: mehr Spielplätze, Angebote am Wochenende, bessere Toiletten in Schulen, mehr Bolzplätze, Schwimmen, weniger Autos, mehr und bessere Radwege sowie mehr Sauberkeit in den öffentlichen Anlagen und Spielplätzen.

Frau Schmitz (AG Jugendhilfe) bezieht sich auf den Punkt „Prävention in Grundschulen in Bergisch Gladbach“ in der Vorlage und lobt zunächst die Entwicklung der Schutzkonzepte. Jedoch würde ihrer Meinung nach fehlen, dass die OGS'en, die Eltern und die Kinder aktiv in die Entwicklung mit einbezogen werden. Zumindest sei dies in der Vorlage nicht erkennbar.

Frau Liebmann (Verwaltung) antwortet, dass die Anregungen gerne mitgenommen werden. Die Planungen hätten jedoch gerade erst begonnen. Die Beteiligten wie der Kinderschutzbund und die Fachkräfte des Jugendamts seien sich aber bewusst, dass es wichtig ist, auch die OGS'en und die Kinder selbst mit einzubeziehen.

## **7. Förderung der Mehrkosten für den Neubau der Kindertagesstätte Reiser / Im Mondsrottchen** *0456/2021*

Herr Schöpf (AfD) entnimmt der Vorlage, dass die Mehrkosten durch Empfehlungen des Gestaltungsbeirats für die Gestaltung der Fassade und der Dachform entstanden seien. Er möchte wissen, ob diese Änderungen wirklich notwendig seien oder die Summe von ca. 1,1 Mio. € nicht besser anderweitig investiert werden könne.

Herr Migenda (Verwaltung) erläutert, dass die Mehrkosten nicht nur den Betrag enthalten, der durch die Empfehlungen des Gestaltungsbeirats zusätzlich anfallen würde, sondern auch einen Aufschlag von 15% auf die gesamten Baukosten, da sich die Preise für Handwerkerleistungen und Baumaterialien generell erhöht hätten. Des Weiteren würden die Empfehlungen des Gestaltungsbeirats zu einer deutlichen Verbesserung des Objektes führen, und bei einer Betrachtung der Nutzungszeit des Gebäudes von ca. 30-40 Jahren würde diese Änderung nur ca. 3-4% der gesamten Baukosten betragen. Außerdem seien vom Rat in der Vergangenheit Kriterien festgelegt worden, welche Gebäude dem Gestaltungsbeirat vorgelegt würden, und das hier geplante Gebäude fiele auch unter diese Kriterien.

Herr Schöpf möchte wissen, ob die vorliegende Erhöhung der Mehrkosten final sei oder ob noch weitere Kostensteigerungen zu erwarten seien.

Herr Migenda antwortet, dass die Verwaltung in der Lage sei, die geplanten Kosten einzuhalten, und er diese auch genau überprüfen werden würde.

Frau Lehnert (CDU) verlässt den Sitzungsbereich aufgrund von Befangenheit.

Der Jugendhilfeausschuss fasst folgenden

**Beschluss:** (mehrheitlich bei 1 Gegenstimme aus der AfD-Fraktion)

Der Arbeiterwohlfahrt Rhein Oberberg e.V. wird, vorbehaltlich der Mittelbereitstellung im Haushalt 2022/2023, antragsgemäß für die voraussichtlichen Mehrkosten beim Neubau der Kindertagesstätte Reiser/ Im Mondsröttchen ein Investitionskostenzuschuss in Höhe von bis zu ca. 1.159.371 EUR (100 %) gewährt.

8. **Trägerwechsel der Evangelischen Kindertageseinrichtung "Arche Noah" von der Evangelischen Kirchengemeinde Bensberg zum Evangelischen Kitaverband Köln-Rechtsrheinisch**  
0466/2021

Herr Schöpf (AfD) entnimmt der Vorlage, dass der Trägerwechsel bereits zum 01.08.2021 stattgefunden habe und möchte wissen, ob es formal rechtmäßig sei, dass die Abstimmung darüber erst jetzt durchgeführt werde und keine Dringlichkeitsentscheidung notwendig gewesen wäre.

Frau Liebmann (Verwaltung) antwortet, dass der Trägerwechsel von der Einrichtung bereits vorbereitet gewesen sei, und die Verwaltung zu spät davon erfahren habe. Damit die Einrichtung arbeitsfähig bleibe hat die Verwaltung entschieden, die Beschlussfassung ausnahmsweise im Nachhinein durchzuführen. Eine Dringlichkeitsentscheidung sei nicht nötig, da es ausreiche heute dazu einen Beschluss zu fassen.

Frau Lehnert (CDU) verlässt den Sitzungsbereich aufgrund von Befangenheit.

Der Jugendhilfeausschuss fasst folgenden

**Beschluss:** (einstimmig)

Dem Trägerwechsel bei der Evangelischen Kindertageseinrichtung „Arche Noah“ (631) von der Evangelischen Kirchengemeinde Bensberg zum Evangelischen Kitaverband Köln-Rechtsrheinisch sowie der rechtskräftigen Übertragung der operativen Geschäfte für diese Kindertageseinrichtung des bisherigen Trägers auf den neuen Träger ab dem 01.08.2021 wird zugestimmt.

9. **Einführung einer neuen Jugendamtssoftware**  
0533/2021

Herr Schöpf (AfD) äußert, dass die Software ProSoz in anderen Verwaltungen auch genutzt werden würde. Er möchte daher wissen, warum genau das bisherige Programm nicht mehr genutzt werden könne, ob das neue Programm auch in anderen Verwaltungen angeschafft werden würde und ob es kostengünstiger sei.

Frau Hellwig (Verwaltung) antwortet, dass die Verwaltung eine Markterkundung durchgeführt hat, bei der nicht nur die verschiedenen Anbieter betrachtet, sondern auch andere Jugendämter zu ihren Erfahrungen mit den Programmen befragt worden seien. Außerdem sei die Verwaltung verpflichtet, ein Ausschreibungsverfahren durchzuführen, welches strengen Vergaberichtlinien unterliegt.

Herr Migenda (Verwaltung) ergänzt, dass das bisher genutzte Programm ProSoz zwar eine große Marktverbreitung habe, jedoch das genutzte Tool nicht mehr vom Hersteller unterstützt würde.

Gerade im Zuge einer fortschreitenden Digitalisierung der Verwaltung sei es wichtig, mit einer leistungsfähigen Software arbeiten zu können.

Der Jugendhilfeausschuss fasst folgenden

**Beschluss:** (einstimmig)

Die Verwaltung wird, vorbehaltlich der Mittelbereitstellung im Haushalt 2022/2023, beauftragt eine Software für die Abteilung Hilfen für junge Menschen und Familien auszuwählen und die anschließende Beschaffung vorzubereiten.

**10. Beratung bei sexualisierter Gewalt gegen junge Menschen**  
**0532/2021**

Herr Blunck (Kinderschutzbund) verlässt den Sitzungsbereich aufgrund von Befangenheit.

Herr Sellmann (Amtsgericht) begrüßt die Vorlage und betont, dass das Angebot eine Bereicherung für die Jugendhilfe in Bergisch Gladbach sei. Er möchte ergänzen, dass Statistiken ergeben haben, dass bereits jeder zweite Tatverdächtige in Fällen der Kinder- und Jugendpornographie ein Jugendlicher ist. Daher sollte das Angebot auch sein Augenmerk auf diese gefährdeten Jugendlichen legen. Die Medienkompetenz, die durch die Schule vermittelt wird, könne in diesem Bereich nicht ausreichend beratend und präventiv tätig werden.

Frau Ahlers (Verwaltung) möchte betonen, dass es sich bei der Maßnahme um eine Ergänzung von bereits vorhandenen Angeboten handele, und nicht etwa der Eindruck entstehen sollte, dass es solche Angebote noch gar nicht geben würde. Die Ergänzung ist jedoch wichtig, da festgestellt wurde, dass die Nachfrage sowohl bei Betroffenen, als auch bei Fachkräften, Schulen u.ä. immer weiter steigt. Des Weiteren ist der Beschluss im Jugendhilfeausschuss notwendig, damit entsprechende Fördermittel beantragt werden können.

Frau Skribbe (Inklusionsbeirat) beantragt, dass Punkt 3 des Beschlussvorschlags wie folgt ergänzt wird: „3) [...] und trägt in besonderer Weise der erweiterten Gefährdungslage von Kindern und Jugendlichen mit Behinderung durch spezifische Qualifikationen und umfassende Barrierefreiheit bei.“

Herr Eschbach (Bündnis 90/DIE GRÜNEN) beantragt, dass der Beschlussvorschlag um einen weiteren Punkt ergänzt wird: „6) Die Verwaltung und die Träger machen auf ihren Homepages auf das Angebot aufmerksam und bereiten es medial auf.“

Der Jugendhilfeausschuss fasst folgenden **geänderten**

**Beschluss:** (einstimmig)

- 1) Der Jugendhilfeausschuss beschließt, dass das beim Landesministerium beantragte Fachberatungsangebot bei sexualisierter Gewalt gegen junge Menschen der katholischen Erziehungsberatungsstelle in Verbindung mit dem Deutschen Kinderschutzbund als wesentlicher Teil der örtlichen Jugendhilfeplanung angesehen wird.
- 2) Beide freien Träger sind in der regionalen Jugendhilfe etabliert und durch den Jugendhilfeausschuss anerkannte Träger der freien Jugendhilfe.
- 3) Das geplante Beratungs- und Präventionsangebot deckt den Bedarf in der örtlichen Jugendhilfelandchaft und erweitert die regionalen Maßnahmen im Kinderschutz nach §8a SGBVIII, **und trägt in besonderer Weise der erweiterten Gefährdungslage von Kindern und Jugendlichen mit Behinderung durch spezifische Qualifikationen und umfassende**

**Barrierefreiheit bei.**

- 4) Der JHA beauftragt die Verwaltung mit der Verhandlung der kommunalen Fördersummen vorbehaltlich der Zusage der Landesförderung.
- 5) Angestrebt werden soll eine kooperative Finanzierungsvereinbarung mit dem Ziel einer anteiligen Finanzierung unter Einbezug insbesondere des Jugendamtes des Rheinisch-Bergischen Kreises und weiteren umliegenden Jugendämtern im Rheinisch Bergischen Kreis.
- 6) **Die Verwaltung und die Träger machen auf ihren Homepages auf das Angebot aufmerksam und bereiten es medial auf.**

**11. Genehmigung der Dringlichkeitsentscheidung zu §48 KiBiz für das Kindergartenjahr 2020/21**  
*0441/2021*

Der Jugendhilfeausschuss fasst ohne weitere Aussprache folgenden

**Beschluss:** (einstimmig)

Die Dringlichkeitsentscheidung vom 21.07.2021 zur Förderung der Flexibilisierung der Betreuungszeiten gemäß §48 KiBiz für das Kindergartenjahr 2020/2021 wird genehmigt.

**12. Informationen über das Aktionsprogramm „Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche“ in den Förderjahren 2021 und 2022**  
*0534/2021*

Herr Schramm (SPD) möchte wissen, ob in Bezug auf Bildung und Teilhabe geplant ist, die Angebote bzw. die Bürokratie zu vereinfachen.

Frau Hellwig (Verwaltung) antwortet, dass dies in Einzelfällen bereits umgesetzt worden sei und weiterhin daran gearbeitet werden würde, Angebote niederschwelliger zu gestalten.

Frau Skribbe (Inklusionsbeirat) entnimmt der Vorlage, dass die Fördersäule III unter anderem Angebote im Bereich der Inklusion vorsehe. Sie habe jedoch die Antragsformulare der Stadtverwaltung erhalten, auf denen der Bereich Inklusion fehlen würde.

Des Weiteren stünde unter Zielgruppe, dass mindestens 20% der verfügbaren Plätze vorrangig von Teilnehmenden besetzt werden sollen, die nicht regelmäßig kommen. Ihrer Auffassung nach sei es für die Träger eine große Herausforderung, gerade diese Menschen zu erreichen. Frau Skribbe sei es wichtig, dass die Träger aktiv unterstützt werden, diese 20% zu erreichen. Sie schlägt vor, dass das Thema in dem laut Antrag erforderlichem Vorgespräch mit der Stadtverwaltung behandelt wird.

Des Weiteren wünsche sich Frau Skribbe, dass in dem Vorgespräch auch auf das Thema Barrierefreiheit aufmerksam gemacht wird.

**13. "Die Situation von Kindern und Jugendlichen in der Pandemie – in Bergisch Gladbach" - aktueller Stand**

Frau Holz-Schöttler erläutert, dass sie den Tagesordnungspunkt angemeldet hätte, weil sie nach dem Austausch in der letzten Sitzung wissen möchte, was umgesetzt wurde.

Frau Hellwig (Verwaltung) teilt mit, dass die Verwaltung von dem Tagesordnungspunkt überrascht worden sei, sodass keine Vorlage mehr erstellt wurde, sondern die Kollegen mündlich etwas vortragen.

Frau Ahlers (Verwaltung) teilt mit, dass das Jugendamt festgestellt habe, dass Kinder vermehrt unter psychischen Belastungen litten, mehr Spannungen in Familien aufkämen, Kinder einem höheren Risiko häuslicher Gewalt ausgesetzt seien, sich weniger bewegen und schlechter ernähren würden. Um die Folgen der Pandemie aufzufangen, versucht das Jugendamt, den Personaleinsatz auch in den nächsten beiden Jahren zu erhöhen und verschiedene zusätzliche Projekte durchzuführen.

Herr Schramm (SPD) möchte wissen, ob die ganzen zusätzlichen Aufgaben personell noch zu stemmen seien.

Frau Ahlers antwortet, dass ein großer Fachkräftemangel herrsche; so gehe es aber wahrscheinlich fast jedem Jugendamt und sozialem Träger in Deutschland. Von den Prozessen her sei das Jugendamt in Bergisch Gladbach aber weit und gut entwickelt.

Herr Migenda (Verwaltung) ergänzt, dass die räumlichen Kapazitäten für das Jugendamt stark begrenzt sind. Finanziell gäbe es zwar keine Probleme, da der Bund derzeit aufgrund der Pandemie Mittel bereitstellen würde; diese können aber teilweise nicht abgerufen werden, da wiederum nicht genügend Personal da sei, um alle Projekte durchzuführen. Herr Migenda betont, dass dies jedoch ein gesamtgesellschaftliches Problem sei, welches im großen Maßstab gelöst werden müsse.

Frau Liebmann (Verwaltung) berichtet aus den Jugendzentren, dass die Jugendlichen froh seien, sich wieder treffen zu dürfen. Das Bedürfnis nach sozialen Kontakten sei sehr groß. Aus den Kindertagespflegestellen und Kitas kämen die Rückmeldungen, dass einige Kinder kaum eine längere und intensivere Eingewöhnungszeit brauchen, da sie oftmals keine anderen Kinder kennen würden.

Herr Tillmann (Verwaltung) verweist nochmal auf die vorherige Vorlage mit dem Aktionsprogramm „Aufholen nach Corona“ und teilt mit, dass Verwaltung Mitte Juli zunächst überrascht worden sei mit dem Zuwendungsbescheid in Höhe von ca. 530.000 €. In Bergisch Gladbach gäbe es jedoch eine gewachsene Netzwerkkultur mit vielen potenten Einrichtungen und Trägern, die eine große Bereitschaft gezeigt hätten, zusätzliche Aktivitäten für Kinder und Jugendliche anzubieten. Unter anderem sei es gelungen, 2 neue Stellen für das Thema Schulsozialarbeit kurzfristig ausschreiben zu lassen. Des Weiteren seien auch bereits erste Anträge für das Aktionsprogramm eingegangen.

Frau Holz-Schöttler bittet darum, dass der Tagesordnungspunkt immer wieder auf die Tagesordnung kommt, um sich über den aktuellen Stand auszutauschen.

## **14. Anträge der Fraktionen**

### **14.1. Antrag auf Eignungsprüfung zur Errichtung von Natur- und Waldkindergärten 0527/2021**

Frau Opiela (CDU) stimmt der Stellungnahme der Verwaltung zu, dass diese den pädagogischen Bedarf im Blick habe und es keiner gesonderten Eignungsprüfung bedürfe.

Der Jugendhilfeausschuss fasst folgenden

**Beschluss:** (einstimmig abgelehnt)

Somit wird der Antrag abgelehnt.

**15. Anfragen der Ausschussmitglieder**  
0437/2021

Herr Schöpf (AfD) möchte zu seiner schriftlichen Anfrage aus der letzten Sitzung ergänzen, dass diese nicht aus einer Verdächtigung entstanden sei, sondern aus reinem Interesse an der Thematik, und um die Bestätigung zu erhalten, dass dies nicht in Bergisch Gladbach praktiziert werden würde.

Herr Schäfer (Bund der kath. Jugend) teilt mit, dass der Landschaftsverband Rheinland jährlich den „Rheinlandtaler“, eine Auszeichnung für besonderes Engagement für eine gleichberechtigte, inklusive Gesellschaft, vergibt. Am 12.10.2021 würde der Rheinlandtaler an das Café Leichtsin verliehen werden.

Die Vorsitzende Frau Holz-Schöttler schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 18:49 Uhr.

---

gez. Holz-Schöttler  
(Vorsitzende)

---

gez. Tomechna  
(Schriftführerin)